



Tätigkeitsbericht

Jahresbericht über Politik und Aktivitäten des Bundesverbandes

für den Zeitraum 1. Dezember 2006 bis 1. Dezember 2007

Vorgelegt zum 53. Kongress der Europa-Union Deutschland

durch das Generalsekretariat

Aktivitäten der Europa-Union Deutschland, Bundesverband, in:

Bad Neuenahr, Berlin, Bensheim, Bocholt, Brüssel, Cottbus, Dortmund, Eisenach, Erfurt, Eutin, Falkensee, Frankfurt/Oder, Gütersloh, Haan, Halle/Saale, Hamburg, Kiel, Königs-Wusterhausen, Mainz, Merseburg, München, Neubrandenburg, Nürburg, Oldenburg, Plön, Quedlinburg, Rendsburg, Saarbrücken, Salem, Sankelmark, Schwerin, Spandau, Steinfurt, Straßburg, Stuttgart, Tannenfelde, Weingarten, Werneuchen, Wien, Wittenberg

in Kooperation mit:

Centre International de Formation Européenne, dbb beamtenbund und tarifunion, Europäischen Föderalisten Oldenburg, Europäischer Akademie Berlin, Europazentrum Berlin-Brandenburg, European Movement International, Europa-Union Bezirksverband München, Kreisverband Gütersloh, Kreisverband Ravensburg, Kreisverband Stuttgart, Kreisverband Wittenberg, Landesverband Baden-Württemberg, Landesverband Berlin, Landesverband Hamburg, Landesverband Hessen, Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, Landesverband Nordrhein-Westfalen, Landesverband Rheinland-Pfalz, Landesverband Saar, Landesverband Sachsen-Anhalt, Landesverband Schleswig-Holstein, Landesverband Thüringen, Junge Europäische Föderalisten, Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland, Union Europäischer Föderalisten

Inhalt:

1	Vorwort	4
2	Europapolitische Schwerpunkte	5
2.1	Kernthemen EU-Reformprozess und Erweiterung	5
2.2	Sachthemen: Bildung, Kultur & Sprache, Energie, Soziales	6
2.3	Fortentwicklung: Hamburger Impulse	6
3	Strategische Leitlinien	6
3.1	Stärkung der Relevanz im Bund und in Europa	7
3.2	Unterstützung lokal und regional	7
3.3	Verbesserung der Rahmenbedingungen europapolitischer Arbeit	7
3.4	Internationalisierung	7
4	Aktivitäten, Projekte & Kampagnen	8
4.1	Bildungsarbeit in Kooperation mit CIFE	8
4.2	Informationskampagne „Speak up Europe Menschen bilden Europa“	9
4.3	Sonstige Kooperationen des Bundesverbandes	12
4.3.1	Kooperation mit der Europäischen Akademie Berlin	12
4.3.2	Kooperation mit dem deutschen beamtenbund und tarifunion	13
4.3.3	Kolloquium „Die Wiedervereinigung Europas – Wege in die Zukunft“	14
5	Organisation	14
5.1	Gremien	14
5.1.1	Präsidium und Bundesausschuss	14
5.1.2	Kongress	15
5.2	Arbeitsgruppen	15
5.2.1	Energie	15
5.2.2	EU-Erweiterung	15
5.2.3	Soziales Europa	16
5.2.4	Kultur / Bildung/ Sprachkompetenz	16
5.2.5	Verfassung	16
5.2.6	Europafähigkeit Deutschlands	17
5.2.7	Europa-Wahlen 2009	17
5.2.8	Strategie	17
5.3	Parlamentarische Initiativen	17
5.3.1	Europa-Union Parlamentariergruppe im Europäischen Parlament	18
5.3.2	Europa-Union Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag	18
5.4	Öffentlichkeits- und Medienarbeit	19
5.4.1	Präsentation des Verbandes auf Europafest der Bundesregierung	19

5.4.2	Pressearbeit.....	19
5.4.3	Mitgliederzeitschrift „Europa aktiv“	20
5.4.4	Elektronischer Newsletter	20
5.4.5	Internet.....	20
5.5	Generalsekretariat und Service.....	21
5.6	Jugend/JEF	22
5.7	International.....	22
5.7.1	Union Europäischer Föderalisten	22
5.7.2	Europa-Union Verband Brüssel.....	23
5.8	Netzwerk Europäische Bewegung	23

Was haben wir nicht schon alles erlebt im Europa der letzten 60 Jahre?! Gerade die Europa-Union darf mit Fug und Recht behaupten, dass sie in diesen Jahren nahezu jede Entwicklung der Europäischen Integration begleitet und mitgestaltet hat. Das Jahr 2007 war europapolitisch ein sehr ereignisreiches Jahr – mit aus unserer Sicht erfolgreichem oder zumindest versöhnlichem Ausgang.

Zwei große Herausforderungen prägten 2007 die Europapolitik: zum einen die Frage, wie die Zukunft der EU nach dem Scheitern des Verfassungsvertrages gestaltet werden kann und zum anderen die Frage, wie das allgemeine oft subtile Unbehagen in der Bevölkerung gegenüber dem Projekt Europa in eine positive Grundstimmung umgewandelt werden kann. Die Europa-Union Deutschland war sich von Anfang an ihrer Verantwortung bewusst, auf beide Fragen politische und praktische Antworten zu geben.

So hat die Europa-Union Deutschland sowohl politische Positionen entwickelt als auch an der Umsetzung neuer Konzepte gearbeitet, welche die Menschen und die deutsche Politik indirekt und direkt von einer proeuropäischen Ausrichtung überzeugen sollen. Um so enttäuschender war es für die Europa-Union, dass das ambitionierte Projekt „EU-Verfassungsvertrag“ ausgerechnet in nationalen Referenden gescheitert ist, wo der Verband doch gerade in einer Europäischen Verfassung die wichtige Antwort auf demokratische Defizite und die mangelhafte Handlungsfähigkeit der EU gesehen hat. Die Forderung der Europa-Union Deutschland war somit richtig, die Bevölkerung über ein europaweites Referendum einzubinden, da die einzelnen Öffentlichkeiten in Europa noch viel zu sehr national geprägt sind und den Blick auf das Große und Ganze vermissen lassen.

Im Oktober 2007 einigten sich die Staats- und Regierungschefs auf den EU-Reformvertrag. Die Europa-Union Deutschland begrüßt, dass es insbesondere der deutschen Ratspräsidentschaft gelungen ist, entscheidende Schritte zu dieser Einigung voran zu unternehmen. Auf diese Weise konnte die Substanz des Verfassungsentwurfs gerettet werden, und vieles von dem, was in Laeken an Fragen aufgeworfen wurde, konnte nun positiv und konstruktiv beantwortet werden.

Die EU-Verfassung war für die Europa-Union nie ein Selbstzweck, sondern sie sollte auch durch Symbole Identität stiften und über eine klare Benennung der Relevanz europäischer Politik den Bürgerinnen und Bürgern Verantwortlichkeiten klar machen. Die EU ist auch nach dem Reformvertrag noch immer nicht in bester Verfassung

Die zweite Herausforderung galt der Zustimmung der Bevölkerung zu Europa. Der 51. Kongress in Potsdam 2005 hatte bereits die Debatte über den Nutzen der Europäischen Union klar in den Vordergrund gestellt. Auch hier hat die Bundesregierung während ihrer Ratspräsidentschaft vorbildliche Öffentlichkeitsarbeit geleistet. Für die Europa-Union ist dieses Thema auch nach der medialen Aufmerksamkeit keineswegs erledigt. Die zunehmend guten Umfragewerte für Europa nach der deutschen Ratspräsidentschaft können bei dem täglichen Kleinklein deutscher Europadebatten ganz schnell wieder ins Negative umschlagen. Die Europa-Union wendet sich daher verstärkt den europäischen Sachpolitiken zu. Die Einrichtung neuer Arbeitsgruppen soll der Expertise bei der Behandlung bürgernaher Themen dienen. Verbandspolitisch sollen strategische Arbeitsgruppen neue Impulse geben.

Die Europa-Union Deutschland nimmt die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts auch vereinsorganisatorisch an. Der Beginn einer verstärkten Arbeitsgruppenarbeit 2007 zeigt ein neues lebendiges Selbstverständnis unseres 60-jährigen Verbandes. Die Europa-Union kombiniert klassische Verbands- und Seminararbeit mit neuen informationspolitischen Initiativen. Bester Ausdruck dessen ist das erfolgreiche Projekt www.europatermine.de, das stets einem breiten Internetpublikum zeigt, wie stark die Europa-Union vor Ort tätig ist. Dies ist nur ein Beispiel, wie die Europa-Union Deutschland zentral dezentrale Initiativen fördert

Denn die Europa-Union lebt zu allererst durch den Einsatz der ehrenamtlichen Akteure in den Kreis- und Landesverbänden!. Keine andere Organisation in Deutschland ist so breit und lokal aufgestellt wie die Europa-Union. Defizite gibt es allerdings in der Mitgliederstruktur – die Gründergeneration steht oft allein. Es hilft dabei nicht, dass es anderen gesellschaftlichen Gruppen und den Parteien zum Teil sehr viel schlechter ergeht. Neben der Betreuung der treuen langjährigen Mitglieder ist ein Zugewinn an Neumitgliedern gerade in der jüngeren und mittleren Generation nicht nur ein finanzieller, sondern auch ein inhaltlicher Gewinn. Ein besonderes Augenmerk richtet sich auf unseren Jugendverband, die Jungen Europäischen Föderalisten. Die Europa-Union hat die Aufgabe, die JEF in ihrer unabhängigen Arbeit zu fördern. Gleichzeitig erwartet die Europa-Union, dass sich die JEF verstärkt in die Politik des „Erwachsenenverbandes“ einbringt

Die gesellschaftspolitische Rolle der Europa-Union Deutschland erfordert auch, dass sie eine stärkere Rolle im täglichen politischen Diskurs übernimmt. Dazu muss sie moderne Methoden in der politischen Lobby- und Kampagnenarbeit entwickeln und intensivieren. Die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Ebenen – lokale, regionale und nationale – ist enorm wichtig. Der Bundesverband legitimiert sich in der Bundespolitik dadurch, dass er die Sorgen und Nöte der europapolitischen Arbeit vor Ort kennt. Umgekehrt benötigen die Mitglieder und die lokal und regional tätigen Vereinsvorstände Informationen und eine Interessensvertretung in der Bundes- wie in der Europahauptstadt.

Diese stärkere Präsenz in der Bundespolitik trägt langsam Früchte – angefangen von der Registrierung als Nichtregierungsorganisation im Bundestag, dem Aufbau einer 113-köpfigen Parlamentariergruppe im Bundestag und einer 70-köpfigen Gruppe im Europäischen Parlament bis hin zur Unterstützung des „Organisationen-Netzwerks“ Europäische Bewegung Deutschland. Gemeinsam mit den 144 weiteren Partnern im Netzwerk EBD hat die Europa-Union sich für die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Zivilgesellschaft bei den politischen Institutionen in Bund und Europa eingesetzt. Auf diese Weise bot der Bundesverband seinen Gliederungsverbänden im Jahr 2007 die besten Voraussetzungen für Fördermöglichkeiten seit langem.

Wie viel versprechend das Geben und Nehmen zwischen den Ebenen unseres Vereines ist, zeigt das jüngste Kind der Europa-Union – der Europa-Union Verband Brüssel. Hier wurde eine echte Marktlücke identifiziert und gefüllt. Unsere Brüsseler Freundinnen und Freunde sprechen Mitglieder an, die nicht nur eine ausgesprochene europäische Expertise besitzen, sondern vielfach nach ihrer Brüsseler Zeit in die deutschen Regionen zurückkehren und die Arbeit vor Ort befruchten können.

Gleichzeitig konnte die Europa-Union Deutschland ihre Zusammenarbeit mit ihrem europäischen Dachverband Union Europäischer Föderalisten intensivieren. Ausdruck fand dies insbesondere in der gemeinsamen Kampagnenarbeit im Bereich Plan D (Speak up Europe | Menschen bilden Europa).

Allen ehrenamtlich tätigen Mitgliedern und den wenigen hauptamtlichen Mitarbeitern gebührt großer Dank und Anerkennung für ihr Engagement für Europa und die Europa-Union Deutschland. Wir danken auch den vielen externen Partnern für die politische, organisatorische sowie finanzielle Unterstützung unserer Arbeit.

Staatsekretär
Peter Altmaier MdB
Präsident

Bernd Hüttemann
Generalsekretär

Birgit Kößling
Bundesgeschäftsführerin

2 Europapolitische Schwerpunkte

2.1 Kernthemen EU-Reformprozess und Erweiterung

Im Mittelpunkt der Verbandsarbeit der Europa-Union Deutschland 2007 stand die Begleitung der EU-Ratspräsidentschaft. Als dringendstes Thema wurde die Fortsetzung des EU-Verfassungs- und Reformprozesses betrachtet. Der Kongress hat im Dezember 2006 in Bremen die Erwartungen des Verbandes in acht Forderungen an die deutsche Ratspräsidentschaft formuliert:

- den Verfassungsprozess voranbringen
- die Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells in einer globalisierten Welt gewährleisten
- die europäische Energiepolitik stärken
- die innere Sicherheit ausbauen
- die Handlungsfähigkeit der EU in der Außen- und Sicherheitspolitik stärken
- die Erweiterung solide fortführen und neue Impulse bei der Nachbarschaftspolitik setzen
- die Europafähigkeit der deutschen Politik stärken
- den Nutzen der EU deutlich machen und das Europa der Bürgerinnen und Bürger weiterentwickeln.

Die Ergebnisse des EU-Gipfels zum Abschluss der Präsidentschaft hat der Bundesausschuss am 23. Juni 2006 insgesamt als Fortschritt für das verfasste Europa gewertet, mit dem der EU endlich eine über den Vertrag von Nizza hinausreichende Perspektive eröffnet worden sei. Der Inhalt des Vertrages von Lissabon, auf den sich die Staats- und Regierungschefs am 18. Oktober 2007 geeinigt haben, wird als wichtiger Schritt zur Überwindung einer drohenden Krise der europäischen Einigung nach den negativen Referenden in Frankreich und den Niederlanden zur Europäischen Verfassung gesehen. Bedauert wird, dass der Inhalt des Vertrages zum Teil demonstrative Abschwächungen erfahren hat.

Die überparteiliche Europa-Union Deutschland bleibt bei ihrer im Juni beschlossenen Linie, aktiv dabei mitzuhelfen, dass der Reformvertrag in allen 27 Staaten ratifiziert wird. Ein Referendum zum Vertragswerk hält sie nur europaweit für sinnvoll. Gleichzeitig hält die Europa-Union an ihrem Ziel einer Europäischen Verfassung fest. Dies betonte das Präsidium der Europa-Union Deutschland in seiner letzten Sitzung vor der Bürgerkonferenz am 1./2. Dezember und dem 53. Kongress am 2. Dezember in Hamburg. Die Europa-Union hält daran fest, dass es zur weiteren Vertiefung des europäischen Einigungswerkes und zur fortgesetzten Steigerung seines inneren und äußeren Zusammenhalts keine sinnvolle Alternative gibt.

Ein entsprechender Leitantrag mit der Forderung „Den Vertrag von Lissabon ratifizieren – Die europäische Einigung voranbringen“ liegt dem Hamburger Kongress 2007 vor.

2.2 Sachthemen: Bildung, Kultur & Sprache, Energie, Soziales

Verstärkt hat die Europa-Union ihre Kommunikationsarbeit im Bereich von sogenannten Bürgerthemen. Die nachhaltige Darstellung des Nutzens der Europäischen Union für die Bürgerinnen und Bürger ist Ziel der seit zwei Jahren laufenden Informationskampagne „Europa nützt uns“, die im Berichtszeitraum im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Speak up Europe | Menschen bilden Europa“ (vgl. 4.2.) erfolgreich fortgeführt wurde. Es galt, im Dialog mit den Bürgern deren aktuelle Erwartungen an Europa offen und kritisch zu diskutieren und dabei Vorteile und Chancen der EU offensiv deutlich zu machen.

Für die fachliche Expertise in der kritischen Auseinandersetzung mit Sachpolitiken wurden – neben den bereits bestehenden AG „Verfassung“ und „Erweiterung“ – die Arbeitsgruppen „Bildung/Kultur/Sprache“, „Energie“ und „Soziales“ eingerichtet (vgl. 5.3.).

2.3 Fortentwicklung: Hamburger Impulse

Europa-Union setzt Hamburger Impulse für 2008:

Wie sich Europa weiter entwickeln wird, und was die Europa-Union Deutschland dazu tun kann und will, ist die Frage, vor der wir nach dem erfolgreichen Abschluss der deutschen EU-Ratspräsidentschaft stehen. Europa hat sich in der großen Erweiterungsrunde verändert, und die Welt hat sich verändert. Europa zu denken unter den Bedingungen der Globalisierung, das ist die Herausforderung, auf die wir Antworten geben müssen.

Der Kongress 2007 in Hamburg soll einen Konsultationsprozess mit der Basis zum künftigen Selbstverständnis der Europa-Union in Gang bringen. Vom diesjährigen Kongress könnte das Startsignal für eine umfangreiche Verbandsdebatte über ein neues Grundsatzprogramm der Europa-Union ausgehen. Ein Arbeitspapier, das der Landesverband Hamburg vorgelegt hat, soll gleichzeitig als Diskussionsgrundlage in den Arbeitsgruppen der Europa-Union dienen, die sich inhaltlichen Teilbereichen widmen können.

① Im Internet: <http://www.europa-union.de> > Verein/Organe/AGs > Bundeskongress

① Im Internet: <http://www.europa-union.de> > Politik > Beschlüsse

3 Strategische Leitlinien

Die Europa-Union muss sich strategisch und organisatorisch so aufstellen, dass sie den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gewachsen ist. Die Bemühungen des Bundesverbandes – von Gremien und Geschäftsführung – zielten im Berichtszeitraum auf vier Bereiche:

3.1 Stärkung der Relevanz im Bund und in Europa

Die Positionierung der Europa-Union Deutschland in der Bundeshauptstadt hat 2007 entscheidende Fortschritte gemacht. Der Bundesverband hat durch vielfältige Aktivitäten in Berlin Flagge gezeigt. Dabei wurde verstärkt auf klassische Lobbyinstrumente gesetzt. Die Europa-Union ist mittlerweile beim Deutschen Bundestag registriert und pflegt kontinuierlich Kontakte mit der Legislative und Exekutiven.

Instrumente in der bundespolitischen Arbeit sind vor allem die Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag, aber auch gut besuchte Fachdiskussionen, wie der Europäische Abend zu aktuellen Sachthemen, der in enger Kooperation mit dem dbb durchgeführt wird.

In Brüssel bzw. Straßburg leistet neben der Parlamentariergruppe im Europäischen Parlament auch der neu gegründete Verband Brüssel wertvolle Arbeit, Thesen und Themen der Europa-Union dem Fachpublikum darzulegen und sich an den entscheidenden Schnittstellen europäischer Politik entsprechend zu positionieren.

3.2 Unterstützung lokal und regional

Der Bundesverband hat im Berichtszeitraum 47 regionale Seminare finanziell und organisatorisch unterstützt bzw. selbst veranstaltet. Gleichzeitig hat der Bundesverband über den Ausbau des Internetangebotes eine weitere dezentrale Informationsquelle für Interessierte und Mitglieder in den Regionen geschaffen.

Die in Berlin und Brüssel aufgebauten Kontakte leisten einen wertvollen Beitrag für die Arbeit vor Ort. Die meisten Abgeordneten und ihre Mitarbeiter, aber auch die Interessengruppenvertreter sind in den Regionen verankert bzw. tragen dazu bei, dass es zu einem regen Austausch proeuropäischer Politik zwischen den Regionen und Entscheidern kommt.

Präsident Peter Altmaier MdB hat seit seinem Amtsantritt im Dezember 2006 sieben Landesverbände besucht (Baden-Württemberg, Bremen, Hessen, Niedersachsen, NRW, Sachsen-Anhalt, Saar) und Gespräche mit den Landesvorständen geführt.

3.3 Verbesserung der Rahmenbedingungen europapolitischer Arbeit

Die Europa-Union Deutschland hat sich aktiv in den Diskussionsprozess zur Verbesserung der europäischen Öffentlichkeitsarbeit eingebracht. Dabei hat sie bei verschiedenen Gelegenheiten betont, dass die Europa-Kommunikation dezentral und unter Einbeziehung ehrenamtlicher Strukturen voranschreiten muss.

Über das gemeinsame Büro mit dem Netzwerk Europäische Bewegung konnte die Europa-Union auch erste Impulse für die Europawahlen 2009 setzen.

Eine wichtige Plattform war der „Runde Tisch Europakommunikation“ im Auswärtigen Amt, bei dem der Bundesverband vertreten war durch Mitglieder des Präsidiums, der Parlamentariergruppe im Bundestag und das Generalsekretariat. Ziel dieses Runden Tisches war es, die europapolitischen Aktivitäten von Bundesregierung, Europäischer Kommission und Europäischem Parlament wie auch vieler unterschiedlicher Träger einer kritischen Analyse zu unterziehen und die Erwartungen der Zivilgesellschaft zu artikulieren, um gemeinsam Strategien und Wege für eine erfolgreiche Europakommunikation – zunächst für die deutsche Ratspräsidentschaft und nun mit Blick auf die Europawahl 2009 zu entwickeln. Fazit: Die europapolitische Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland muss nachhaltiger ausgerichtet, mehr Beteiligung bieten und stärker vernetzt werden, wobei den zivilgesellschaftlichen Gruppen – wie der Europa-Union Deutschland – eine besondere Rolle zukommt.

3.4 Internationalisierung

Die Europa-Union Deutschland hat ihre Zusammenarbeit mit der Union Europäischer Föderalisten und der Internationalen Europäischen Bewegung intensiviert. Ausdruck fand dies in der gemeinsamen Kampagnenarbeit, aber auch durch eine stärkere Einbindung der Repräsentanten der Europa-Union in die Strukturen des europäischen Dachverbandes UEF. (vgl. 4.2. und 5.8.1.)

Auch nach dem Wechsel in der Position des UEF-Generalsekretärs von Dr. Friedhelm Frischenschlager zu Joan Marc Simon im November 2007 wird sich die enge Kooperation fortsetzen.

Die Gründung des Europa-Union Verbandes Brüssel war ebenfalls ein wichtiger Beitrag zur weiteren Internationalisierung der Arbeit.

Repräsentanten des Bundesverbandes haben an Bürgerkonferenzen zur Europakommunikation teilgenommen, die im Berichtszeitraum in Brüssel stattfanden. Vertreten war die Europa-Union u. a. auf der „Bürger-Agora“, zu der das Europäische Parlament am 8. November 2007 eingeladen hatte. (vgl. 5.3.)

4 Aktivitäten, Projekte & Kampagnen

Die seit Jahren erfolgreiche Projektzusammenarbeit mit dem Centre International de Formation Européenne (CIFE) in Nizza, die durch Mittel der Europäischen Kommission finanziell gefördert wird, fand auch 2007 mit 39 Maßnahmen im Bereich der europapolitischen Bildungsarbeit ihre Fortsetzung. Zusätzlich kooperierte die Europa-Union im Rahmen der internationalen Kampagne „Speak up Europe“ mit den internationalen Dachverbänden Union Europäischer Föderalisten und European Movement International.

① Im Internet: <http://www.europa-union.de> > Aktivitäten

② Im Internet: <http://www.menschen-bilden-europa.de>

4.1 Bildungsarbeit in Kooperation mit CIFE

Neben zentralen Projekten des Bundesverbandes konnten im Rahmen der Kooperation mit CIFE 25 Maßnahmen auf regionaler Ebene in Zusammenarbeit mit den Landes- und Kreisverbänden der Europa-Union sowie der JEF realisiert werden. Dazu zählten Symposien, Foren und Seminare zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft und zu spezifischen Politikfeldern der EU ebenso wie Schülerworkshops, Studienfahrten und Jugendbegegnungen.

Deutsche Ratspräsidentschaft im Zeichen 50 Jahre römische Verträge, 10.02.07, Halle/ Saale

Europäische Perspektiven des westlichen Balkans, 02.-04.03.07, Erfurt

Studienfahrt Polen, 25.3. - 1.4.07, Kiel

Bürgerschaftliches Engagement in der EU, 27.-29.04.07, Spandau

Europa gemeinsam gestalten, 01.06.07, Steinfurt

Chancengleichheit für alle - Sport für Verständigung und gegen Rassismus, 18.06.07, Nürburg

Die Deutsche Ratspräsidentschaft aus jugendpolitischer Sicht, 22.-24.06.07, Wien

Europäischer Wettbewerb für Schüler – Schülerbegegnung, 03.07.07, Straßburg

Gemeinsame EU-Energiepolitik – Herausforderung und Ziele, 25.08.07, Haan

Gegenwart und Zukunft der Landwirtschaft in PL und D, 07.-09.09.07, Salem (MV)

Schleswig-Holstein in Europa, 22.09.07, Plön

Studienfahrt Brüssel, 02.-04.10.07, Brüssel

50 Jahre nach den röm. Verträgen – quo vadis Europa?, 13./14.10.07, Weingarten

Zwischenbilanz der portugiesischen Ratspräsidentschaft, 17.10.07, Berlin

Europäisches Jahr der Chancengleichheit/Frauen Europas, 30.10.07, Berlin

Der Nutzen der EU für Deutschland, 01./02.11.07, Quedlinburg

Wie geht es weiter mit der EU nach der deutschen Ratspräsidentschaft?, 06.11.07, Mainz

Polnische Lesung mit Adam Soboczynski, 08.11.07, Kiel

Ganztagsschulmodelle in Europa - Eine Chance für Deutschland ?, 09.11.07, Gütersloh

Europaschulen - Lernziel Europakompetenz, 15./16.11.07, Tannenfelde

Nordeuropäisches Energieforum, 17.11.07, Rendsburg

Ergebnisse der Ratspräsidentschaft: Stand und Probleme der GASP, 20.11.07, Halle/ Saale
Von der deutschen Ratspräsidentschaft zum neuen Grundlagenvertrag, 21.11.07, Kiel
Rechtsextremismus in der EU, 23./24.11.07, Neubrandenburg
Abendkurs EU. Entwicklung, Institution, Rechtssystem, 25.10.-29.11.07, München
Erfahrungen neuer EU Mitglieder seit der Aufnahme, 03.12.07, Merseburg

4.2 Informationskampagne „Speak up Europe | Menschen bilden Europa“

Die europaweite Kampagne „Speak up Europe“ wurde ins Leben gerufen, um den Dialog über die Zukunft der Europäischen Union zu erleichtern. Im Rahmen des „Plan D für Demokratie, Dialog und Diskussion“ der Europäischen Kommission werden die zahlreichen Meinungen und Anliegen der europäischen Bevölkerung zu verschiedenen Themen eingeholt und gebündelt.

In Deutschland wurde die Kampagne unter dem Namen „Speak up Europe | Menschen bilden Europa“ mit Unterstützung der Europäischen Kommission und des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung von der Europa-Union Deutschland und ihrem Jugendverband Junge Europäische Föderalisten sowie dem Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland durchgeführt. Die Europa-Union beteiligte sich bundesweit mit mehr als 50 Veranstaltungen, darunter zwei kontroversen Rededuellen zur Energie- und Sprachenpolitik in der EU, sechs regionalen zielgruppenspezifischen Seminaren zum Nutzen Europas, 15 Regionalseminaren in Kooperation mit den Landes- und Kreisverbänden und einer abschließenden zweitägigen Bürgerkonferenz. Dabei wurden rund 10.000 Bürgerinnen und Bürger nach ihrer Meinung und ihren Erwartungen zur Zukunft Europas gefragt. Die Ergebnisse werden in einem Forderungskatalog aufbereitet und der Bundesregierung und Europäischen Kommission übergeben.

2 Rededuelle in Berlin

Rededuell zur Zukunft der EU-Energiepolitik, 16.03.07, Berlin

Am 16. März 2007 erfolgte mit einem Rededuell zur Energiepolitik in Berlin offiziell der Deutschlandstart der Kampagne "Speak Up Europe | Menschen bilden Europa". Vor rund 220 Teilnehmern debattierten Jürgen Trittin MdB (Bundesumweltminister a.D.) und Jürgen Hogrefe (Konzernbevollmächtigter EnBW), wie die energiepolitischen Ziele Wettbewerb, Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit besser erreicht werden können. Das Rededuell verzichtete auf abstrakte Themenstellung und akademische Diskussionen. In dem offen geführten Schlagabtausch konnten Diskussionsteilnehmer und Gäste klare Positionen formulieren, Kontroversen austragen und Meinungen bilden.

Rededuell zur Sprachenvielfalt in Europa: Kulturgut oder Luxus?, 22.06.07, Berlin

Die Entscheidung der EU, 23 Amtssprachen anzuerkennen und einzusetzen, ist weltweit einmalig. Eine kontinuierliche und tiefgehende Kommunikation zwischen Europas Bürgern gestaltet sich aufgrund der Sprachenvielfalt jedoch schwierig. Könnte eine gemeinsame Sprache die Verständigung der Europäer untereinander intensivieren, Kosten einsparen, den Ablauf politischer Entscheidungsprozesse beschleunigen? Oder ist die Sprachenvielfalt Ausdruck europäischer Identität und somit ein notwendiges Kulturgut? Dr. Rudolf-Josef Fischer (Vorsitzender des Deutschen Esperanto-Bundes), Jochen Richter (Stv. Kabinettschef beim EU-Kommissar für Mehrsprachigkeit) und Prof. Norbert Walter (Chefvolkswirt Deutsche Bank Gruppe) debattierten über mögliche Wege, wie sich Verständigung, Effizienz und Identität am besten erreichen lassen, ob durch den Status quo der Vielsprachigkeit oder die Einführung einer europäischen Verkehrssprache.

6 Regionalseminare „Europa konkret“

Unter dem Titel „Europa konkret“ wurde auf regionaler Ebene eine Seminarreihe in Zusammenarbeit mit Landes- und Kreisverbänden durchgeführt mit dem Ziel, den unmittelbaren Nutzen der Europäischen Union für jeweils unterschiedliche Zielgruppen deutlich zu machen. Dabei wurde das klassische Format der Frontalvorträge aufgebrochen und die Teilnehmer angehalten, sich aktiv in Form von Gruppenarbeit in den Diskurs einzubringen.

Der Nutzen Europas für die mittelständische Wirtschaft, 01.06.07, Eisenach

Die Auftaktveranstaltung dieser Reihe fand am 1. Juni in Eisenach statt und hatte das Ziel, den Nutzen Europas für den Mittelstand herauszuarbeiten. Bevor die Referenten Jan Güssow, Thüringer Aufbaubank, Detlef Reuter von der IHK Erfurt und Wilbert Somers vom Euro Info Centre Erfurt in jeweils kurzen Statements u.a. die Förderangebote der Europäischen Union erläuterten, formulierten die teilnehmenden Vertreter des Mittelstandes ihre bisherigen Erfahrungen mit der EU: Erwähnt wurden u.a. die positiven Auswirkungen des zollfreien Warenhandels, die umfangreichen Investitionsbeihilfen, aber auch die große Distanz zu den Stellen in Brüssel. In drei Arbeitsgruppen wurden konkrete kleine bis mittlere Unternehmen betreffende Fragen erörtert. Auch konnten die Anwesenden ihre Fragen an die Experten herantragen. Angesprochen wurden u.a. Fragen zu Programmen für Unternehmen in Notlage, Möglichkeiten von Capital Venture in Europa, EU-Fördermöglichkeiten oder europabezogene Ausbildung. Als Moderator und "Animator" gelang es Adrian Taylor (European School of Governance), die anfängliche Zurückhaltung der Seminarteilnehmer zu überwinden.

Soziales Europa - Der Nutzen Europas für Arbeitnehmer, 29.06.07, Saarbrücken

Bereits kurz nach der Übernahme der Ratspräsidentschaft hatte Portugal angekündigt, die sozialen Aspekte der europäischen Integration ganz oben auf die politische Agenda zu stellen. Der luxemburgische Arbeitsminister François Biltgen betonte, dass in der EU soziale Aspekte schon immer eine starke Rolle gespielt hätten, allerdings seien für die Sozialpolitik grundsätzlich die Nationalstaaten zuständig. Die EU könne lediglich Mindeststandards festlegen und das Subsidiaritätsprinzip sichern. Trotzdem habe sich im Laufe der Jahre ein europäisches Sozialmodell entwickelt, wie es in der Europäischen Sozialcharta deutlich werde. Biltgen erinnerte an den Beschäftigungsgipfel von Luxemburg, bei dem die Lissabonstrategie für mehr Wachstum und Beschäftigung im Dienste der sozialen Kohäsion beschlossen wurde. Auch der neue Grundlagenvertrag, der an die Stelle der Verfassung trete, mache mehr Soziales in Europa sichtbar. Die Teilnehmer hatten die Möglichkeit Fragen und Probleme zum Thema in Arbeitsgruppen anzusprechen und mit den anwesenden Experten zu diskutieren. Als Vermittler standen Eva Wessela und Michael Matern von der Europäischen Akademie Otzenhausen zur Seite. Vorher hatten die Landtagsabgeordneten Helma Kuhn-Theis (CDU), Cornelia Hoffmann-Bethscheider (SPD), Barbara Spaniol (Grüne), die FDP-Politikerin Doris Buchholz, DGB-Chef Eugen Roth (Mdl) sowie der Vorsitzende des europaweiten Betriebsrates von Michelin, Raymond Ott, ihre Standpunkte ausgetauscht.

Europa beginnt vor Ort – Kommunale Interessen in der Europäischen Union, 08.09.2007, Bad Neuenahr

Dr. Heinrich Hoffschulte, Vizepräsident des Rats der Gemeinden und Regionen in Europa, stellte den Erfolg der kommunalen Interessenverbände im Rahmen des europäischen Konvents dar, der insbesondere durch die Verankerung des kommunalen und regionalen Selbstverwaltungsrechts im Entwurf für eine europäische Verfassung zum Ausdruck kam. Als besonders wichtig betonte er die Einflechtung des Subsidiaritätsprinzips. Nach dem Scheitern des Verfassungsentwurfs gelte es, die erzielten Ergebnisse im Sinne der Kommunen und Regionen in den Reformvertrag hinüberzuretten. Über die Auswirkungen von EU-Recht auf die Städte und Gemeinden am Beispiel öffentlicher Auftragsvergabe referierten Uwe Zimmermann vom Deutschen Städte- und Gemeindebund und Dr. Matthias Krist vom Referentendienst des Europäischen Infocenter Trier. Zimmermann erörterte insbesondere die Sichtweise der kommunalen Politik und Verwaltung und wies auf eine Reihe von Problemen im Rahmen der öffentlichen Auftragsvergabe hin. Am Beispiel der Eigenwirtschaftsbetriebe von Kommunen machte Zimmermann deutlich, wie schwierig es sei, EU-Recht auf unterster Ebene umzusetzen. Aus der Sicht der Unternehmen und Mittelständler betonte Krist, dass der Binnenmarkt ja auch den freien grenzüberschreitenden Wettbewerb zum Ziel habe und es für Anbieter von Dienstleistungen wünschenswert sei, über Kreis-, Stadt-, und regionale Grenzen hinaus tätig sein zu können. In zahlreichen Fragen und Wortbeiträgen wurde die Perspektive der meisten Seminarteilnehmer deutlich: Die Interessen der Kommunen und Regionen in einem immer enger zusammenwachsenden Europa müssen weiterhin nachhaltig vertreten werden. Es dürfe nicht zu einer Regelungs-dichte kommen, die den Kommunen und Regionen keine Handlungsspielräume mehr überlässt.

Verbraucherschutz in Europa. Gefangen zwischen Anspruch und Praxis?, 12.09.2007, Kiel

Die Europa-Union Deutschland hatte im Europäischen Verbraucherzentrum in Kiel zum Thema Verbraucherschutz in der Europäischen Union eingeladen. Seit 30. Juni 2007 können Verbraucher in der Europäischen Union günstigere Tarife für Anrufe im Ausland von ihren Mobilfunkanbietern verlangen. Europäisches Parlament, Europäischer Rat und Europäische Kommission hatten sich nach Monaten intensiver Verhandlungen erfolgreich auf einen Kompromiss geeinigt. Dieses Ergebnis

veranschauliche, wie die Bürger in der EU direkt durch Entscheidungen aus Brüssel profitieren würden, so der Vorsitzende der Europa-Union Schleswig-Holstein, Jens Ruge. Auch habe der Fall bewiesen, dass politisches Engagement an der Basis politische Prozesse auf höheren Ebenen in Gang bringen könne: Der Bürgerinitiative der Europa-Union Schleswig-Holstein sei es in diesem Fall gelungen, über den Bundesverband bis ins Europäische Parlament Druck auf die europäische Gesetzgebung aufzubauen, eine EU Roaming-Verordnung zu verabschieden. Die Europäische Bürgerberaterin Claudia Keller gab Auskunft zu ihrer Arbeit: Diese umfasst Informations- und Rechtsauskünfte zu allen europaspezifischen Fragen geben. Gemeinsam mit ihr und Bernd Krieger, dem Leiter des Europäischen Verbraucherzentrums, diskutierten die Teilnehmer unterschiedliche Themen des Verbraucherschutzes in der Europäischen Union. Kranken- und Rentenversicherung und Umzüge in andere EU-Länder waren hauptsächlich Gesprächsstoff. Die zahlreichen Berufspendler, die es in Schleswig-Holstein zwischen Deutschland und Dänemark gibt, wünschten sich im Dickicht der unterschiedlichen Regelungen zur Lohnsteuer und Sozialversicherung einen festen Ansprechpartner, der ihnen kompetent Auskunft geben kann.

WIR BRINGEN EUROPA AUF KURS! Was für ein Europa wünscht sich die junge Generation?, 17.09.07, Bensheim

Der Andrang war im Goethe-Gymnasium in Bensheim war so groß, dass der Schulleiter das schwere Los hatte zu entscheiden, welche 60 Jugendlichen der Jahrgänge 11 bis 13 an der Veranstaltung teilnehmen können. Im ersten Teil dieses Vormittags wurde in lockerer Stimmung intensiv über die Themen diskutiert, die den jungen Leuten am Herzen lagen. Sechs wichtige Themenfelder wurden erarbeitet und kontrovers debattiert. Ideen und Vorschläge wurden mit Filzstiften auf die Papiertischtücher gekritzelt oder auf andere Weise festgehalten. Zum Abschluss trugen die einzelnen Schülergruppen ihre Forderungen, Ziele oder innovativen Ideen im Plenum vor. Aus den Puzzleteilen entwickelte sich ein Gesamtbild einer EU, in der die Schüler leben wollen. Im zweiten Teil war das Podium gefragt. Eineinhalb Stunden mussten die Europaparlamentarier Thomas Mann und Barbara Weiler Schwerstarbeit leisten, um zu den zuvor geäußerten Vorstellungen und Forderungen Stellung zu beziehen. Wolfgang Freudenberger, Schulleiter der benachbarten Berufsschule und Vorsitzender der Europa-Union Kreisverband Bergstrasse, machte konkrete Vorschläge zur besseren Vernetzung der Europaschulen in der Region. Heinz Schaumann, bei der Europa-Union Deutschland Mitglied im Präsidium, unterstützte den Wunsch, die Hürden für ein Studium im europäischen Ausland zu verkleinern. Die Schlussabstimmung verdeutlichte die insgesamt offene Einstellung der Schüler gegenüber dem Projekt Europa: Die Mehrheit beantwortete die Frage, ob die EU für sie von Nutzen sei, eindeutig mit JA.

Bildungsaustausch und Wissenstransfer zum Nutzen für Region und junge Leute?, 25.10.07, Wittenberg

Die Region Wittenberg hat in den zurückliegenden Jahren umfassende Umwälzungen erlebt. Lebensumfeld und -bedingungen der Menschen haben sich seit 1989 tiefgreifend verändert. Das Zusammengehen beider deutscher Staaten ist parallel von einem anderen Prozess flankiert worden: der Europäischen Integration. Inwieweit sich diese ineinander verschränkenden Entwicklungen auf Region und Bildungschancen junger Leute in der Region Wittenberg auswirkt, haben über 40 Interessierte in der Wittenberger Leucorea erörtert. Die überwiegend jugendlichen Anwesenden zeigten ein ausgeprägtes Interesse an den vielfältigen Bildungschancen und -möglichkeiten innerhalb der EU. Denn die Fragen zur persönlichen Zukunft – Ausbildung oder Studium, Deutschland oder Ausland, Bleiben oder Gehen – warten bei vielen in der nächsten Zeit auf Antworten. Zur Sprache kamen auch die Verhältnisse an den Schulen, die uneinheitlichen Bedingungen in Deutschland mit unterschiedlichen Curricula und Lehrmaterialien. Dies vor Augen äußerte so mancher Zweifel mit Blick auf das Ziel der EU-Kommission ähnlicher Bildungsbedingungen in allen EU-Mitgliedstaaten. Als richtig erwies sich die auf hoher Selbstorganisation basierende Open Space-Methode, nach dessen Vorgaben das Seminar strukturiert war. So hatten die Teilnehmer genügend Freiraum, persönliche Anliegen vorzubringen und gemeinsam mit Gleichinteressierten zu debattieren. Perspektivlosigkeit und Abwanderung von gut ausgebildeten jungen Menschen war für viele ein Thema. Da stand die Frage, wie die Region attraktiver gemacht werden könnte, damit sich mehr junge Menschen eine Zukunft in ihrer Heimat vorstellen können. Vor allem müssten mehr attraktive Ausbildungs- bzw. Arbeitsplätze geschaffen werden, so der Tenor der Anwesenden.

15 regionale Kooperationsveranstaltungen mit Landes- und Kreisverbänden

Europa vor Ort - Was die EU in Schleswig-Holstein bewirkt, 09.03.07, Sankelmark

Europa ist 50, 25.03.07, Bocholt

Bist du „Europäer“?, Teil 1, 14.04.07, Schwerin
Bist du „Europäer“?, Teil 2, 15.04.07, Schwerin
60 Jahre EU – 50 Jahre EU, 18./19.05.07, Mainz
PolitikLabor Europa, 04.06.07, Oldenburg
50 Jahre Römische Verträge - 60 Jahre Europa-Union SH, 23.06.07, Eutin
Speak Up Europe in der Schule, 03.07.07, Europaschule Werneuchen
Speak Up Europe in der Schule, 06.07.07, Europaschule Cottbus
Zwischenbilanz des Lissabon Prozesses, 17.08.07, Dortmund
Sport in Europa, 25.08.07, Stuttgart
Speak Up Europe für Arbeitslose, 05.09.07, Frankfurt/Oder
Speak Up Europe für Lehrlinge, 11.09.07, Frankfurt/Oder
Speak Up Europe in der Schule, 20.09.07, Königs-Wusterhausen
Speak Up Europe in der Schule, 05.10.07, Falkensee

4.3 Sonstige Kooperationen des Bundesverbandes

4.3.1 Kooperation mit der Europäischen Akademie Berlin

Im Rahmen einer verstärkten Zusammenarbeit mit der Europäischen Akademie Berlin hat die Europa-Union Deutschland drei Seminare veranstaltet, darunter eine Sommerakademie. Angestrebt wird eine dauerhafte Kooperation, um Bildungsangebote für Multiplikatoren und Jugendliche des Verbandes und zu unterbreiten.

Wochenendseminar: Bringt Deutschland Europa voran? – Halbzeitbilanz der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, 14./15.04.07, Berlin

Das Programm hatte eine Halbzeitbilanz der deutschen Ratspräsidentschaft zum Thema. Eingangs erläuterte Barbara Lippert vom Institut für Europäische Politik den Stand der Union nach 50 Jahren Römischer Verträge. Eckart Stratenschulte legte den Teilnehmern das Aufgabenspektrum der Präsidentschaft dar und die Schwerpunkte einzelner Ressorts und Politikfelder. Michaela Schreyer, frühere Haushaltskommissarin, interpretierte die Berliner Erklärung mit den Teilnehmern auf ihren substanziellen Gehalt. Mechthild Baumann (CIFE), prüfte den Märzgipfel auf seine Ergebnisse zum Bereich Klimapolitik und Klimaschutz. Eine für viele der Teilnehmer neuen Bereich referierte Weronika Tkocz, Politologin an der FU Berlin. Die Nachbarschaftspolitik der Union als wesentlicher Baustein der gemeinsamen Außenpolitik ist offenbar nicht so öffentlichkeitswirksam, wie sich Experten das mitunter vorstellen. Den Sonderfall der Beziehungen der EU, das Verhältnis zu Russland, stellte Tobias Baumann EAB dar. Lisa Moldenhauer EAB stellte als letzten Beitrag eine Unterrichtseinheit für Lehrer vor, die die soziale Dimension Europas zum Thema hatte.

Sommerakademie, 20.-25.07.07, Berlin

Die Europäische Union entwickelt sich mit atemberaubender Dynamik, so dass man gar nicht allen Ereignissen folgen kann. Circa 4.000 Sitzungen verschiedenster EU-Gremien finden jährlich statt. Es geht um so unterschiedliche Inhalte wie das Kosovo, Agrarbeihilfen oder das gemeinsame Satellitensystem Galileo. Die grundsätzlichen Fragen geraten bei so viel Bewegung schnell aus dem Blick, nie scheint die Zeit verfügbar zu sein, ein Thema vertieft zu diskutieren und von verschiedenen Seiten zu beleuchten. Ziel der Sommerakademie war es, die generellen Fragen einmal ohne Zeitdruck zu besprechen – mit Referenten und in Arbeitsgruppen, in angenehmer Runde und der ruhigen Atmosphäre des Berliner Grunewald-Viertels. Die „W-Fragen“, das haben wir schon als Kinder gelernt, bringen uns weiter. Woher? Wohin? Wer? Womit? Wie? An diesen Fragen wurden die Akademietage strukturiert.

Zentralasien. Russlands Hinterhof oder Europas Vorhof?, 14.-16.09.07, Berlin

„Eine Strategie für Zentralasien?“ war das Thema des in Kooperation mit der JEB und der EAB veranstalteten Seminars vom 14. bis 16. September. Dr. Daniel Göler vom Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr eröffnete mit seinem Vortrag zur GASP den inhaltlichen Teil des Seminars. Sehr anschaulich beschrieb er die Entwicklung der institutionellen Struktur der GASP. Weiterhin

differenzierte er die verschiedenen Formen der Zusammenarbeit im Rahmen der GASP und erläuterte, dass die Zentralasienstrategie keine „gemeinsame Strategie“ (diese existieren nur für Russland, die Ukraine und den Mittelmeerraum) der EU sei, sondern auf Grund ihrer rein deklaratorischen Natur lediglich ein „gemeinsamer Standpunkt“. Zum Schluss seines Vortrags warf Dr. Göler die Frage auf, ob eine Vertiefung der Zusammenarbeit im sicherheitspolitischen Bereich überhaupt wünschenswert sei oder ob sich die EU nicht besser auf das Konzept einer Zivilmacht besinnen sollte. Den Samstag eröffnete Dr. Heike Dörrenbächer von der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde mit einem Referat zum Thema „Zentralasien – eine (un)bekanntere Region für die EU?“. Die Europäische Union rechtfertigt ihr Engagement in Zentralasien mit der Absicht, Sicherheit und Stabilität in die Region zu exportieren. Die Existenz des Bundeswehrstützpunkts in Usbekistan zeigt jedoch, dass auch eigene geostrategische Interessen eine Rolle spielen. Die zweite Referentin, Marianne Heuwagen, Direktorin des Deutschlandbüros von Human Rights Watch, beanstandete, dass ein entschiedenes Vorgehen Deutschlands und anderer EU Mitgliedstaaten gegen Menschenrechtsverletzungen in der Region nicht durchgehend gegeben sei. Die Gruppenarbeit am Sonntag gab den 45 Teilnehmern die Möglichkeit, andere Formen der regionalen Zusammenarbeit mit der Zentralasienstrategie zu vergleichen. Dabei stellten sie fest, dass die Zentralasienstrategie unterentwickelt ist im Gegensatz zur Europäischen Nachbarschaftspolitik und der Partnerschaft mit Russland. Diesen Eindruck bestätigte auch Dr. Freitag-Wirringhaus, der zum Abschluss des Seminars zum Thema „andere internationale Akteure in Zentralasien“ referierte.

4.3.2 Kooperation mit dem deutschen beamtenbund und tarifunion

Der „Europäische Abend“ ist eine neue gemeinsame Veranstaltungsreihe von Europa-Union Deutschland und dbb, zu der das politische Berlin, Politik und Verbände, regelmäßig in das dbb forum in Berlin-Mitte eingeladen werden. Die Europäischen Abende befassen sich mit aktuellen und spannenden europapolitischen Themen. Hochrangige Gäste aus Brüssel, Straßburg und EU-Staaten diskutieren hier mit deutschen Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Medien. Die Vorträge, Streitgespräche und Podiumsrunden behandeln europäische Fragen, auf die noch Antworten zu finden sind. Die Europäischen Abende bieten ihren Gästen die Chance, neue Kontakte zu knüpfen, alte Verbindungen neu zu beleben und sich auszutauschen. Von den Europäischen Abenden können Anregungen für die europäische Arbeit und die Interessenwahrnehmung im europapolitischen Bereich ausgehen.

Wie sieht Europas Sozialmodell aus?, 13.12.2006, Berlin

Unmittelbar vor Beginn der deutschen EU-Ratspräsidentschaft stellte die Frage aufgeworfen "Wie sieht Europas Sozialmodell aus?". Der neu gewählte Präsident der Europa-Union Deutschland, Staatssekretär Peter Altmaier MdB, sprach zur „Bedeutung des öffentlichen Sektors für das Europäische Sozialmodell“. Im Anschluss diskutierten die europapolitischen Sprecher der Bundestagsfraktionen Dr. Diether Dehm (Die Linke), Markus Löning (FDP), Axel Schäfer (SPD), Rainer Steenblock (Bündnis90/Die Grünen) und Michael Stübgen (CDU/CSU) die soziale Dimension Europas. Moderiert wurde die Runde von Dr. Alex Jakubowski vom ARD Hauptstadtstudio.

Better Regulation – Gutes Regieren, bessere Rechtssetzung und Verwaltung, 04.07.07, Berlin

Am 4. Juli 2007 ging es um Fragen des Bürokratieabbaus in Europa. Nach einführenden Beiträgen von Dr. Michael Fuchs MdB (Mitglied des Forums für Bürokratieabbau) und Andrew van der Lem (Better Regulation Executive, Cabinet Office London) folgte ein Streitgespräch zwischen Dr. Johannes Ludewig (Vorsitzender des Normenkontrollrates), Staatssekretär Dr. Karl-Heinz Klär (Bevollmächtigter des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und für Europa), Jens Lattmann (Beigeordneter Deutscher Städtetag) und Dr. Gerhard Sabathil (Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland). Moderation: Dr. Alex Jakubowski, ARD-Hauptstadtstudio.

Für und Wider einer Europäischen Wirtschaftsregierung – Gibt es einen Konsens über die europäische Geldpolitik?, 10.10.07, Berlin

Der neue französische Botschafter Bernard de Faubournet de Montferrand hat das deutsch-französische Verhältnis als Motor für die Zukunft der Europäischen Union bezeichnet. "Für ein Europa des 21. Jahrhunderts brauchen wir ein deutsch-französisches Verhältnis des 21. Jahrhunderts", betonte er während seines ersten öffentlichen Auftritts in Berlin beim Europäischen Abend. Der Botschafter skizzierte außerdem die Europapolitik der neuen französischen Regierung, die für Präsident Sarkozy im Mittelpunkt der politischen Agenda stehe. Mit Sarkozy kehre in Frankreich der Wille zurück, in Europa Verantwortung zu übernehmen. Unter dem Titel "Für und Wider einer Europäischen Wirtschaftsregierung - Gibt es einen Konsens über die europäische Geldpolitik?"

diskutierten im Podium Prof. Jürgen Stark, Direktoriumsmitglied der Europäischen Zentralbank (EZB), Dr. Daniela Schwarzer, EWU-Expertin der Stiftung Wissenschaft und Politik, Dr. Jürgen Kröger, Direktor GD Wirtschaft und Finanzen bei der Europäischen Kommission, Dr. Barbara Hendricks MdB, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium der Finanzen, und Otto Fricke MdB, Vorsitzender des Haushaltsausschusses im Deutschen Bundestag. Fast 200 Gäste verfolgten einen anspruchsvollen Schlagabtausch, der von Andreas Ulrich (rbb) moderiert wurde. Zuvor hatte Bundesfinanzminister a.D. Hans Eichel MdB in einer kurzen Rede für eine bessere Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik in Europa geworben. Die Veranstaltungen stieß sowohl bei Teilnehmern als auch Presse auf große Resonanz.

Ein weiterer Europäischer Abend zum Thema „Mindestlöhne in Europa“ mit dem luxemburgischen Arbeitsminister Biltgen und vielen Experten aus Wirtschaft, Gewerkschaften, Kirche und Politik findet am 12.12.2007 statt.

4.3.3 Kolloquium „Die Wiedervereinigung Europas – Wege in die Zukunft“

Am 26. November 2007 fand im Atrium der Deutschen Bank in Berlin ein großes Kolloquium zum Gedenken an den Europäer Otto Wolff von Amerongen statt. Auf zwei Panels wurden die Themen "Die EU und ihre Nachbarn" und "Die EU als globaler Akteur" behandelt. Der Präsident der Europa-Union Deutschland, PStS. Peter Altmaier MdB, wirkte als Panelteilnehmer mit. Die Keynote Speech wurde von Gernot Erler MdB, Staatsminister im Auswärtigem Amt, die Ansprache zum zweiten Panel von Bundesminister a. D. Dr. Otto Graf Lambsdorff gehalten. An dieser hochrangig besetzten Gedenkveranstaltung nahmen rund 400 Gäste teil. Die Veranstaltung wurde neben der Europa-Union Deutschland von sieben weiteren Organisationen getragen, die im Laufe der zurückliegenden Jahrzehnte durch das europäische Engagement Otto Wolff von Amerongens gefördert und unterstützt wurden.

5 Organisation

5.1 Gremien

5.1.1 Präsidium und Bundesausschuss

Mit dem 52. Ordentlichen Kongress erfolgte am 10. Dezember 2006 ein personeller Wechsel an der Führungsspitze der Europa-Union Deutschland. Elmar Brok MdEP trat nach siebenjähriger Amtszeit als Präsident aus beruflichen Gründen vorzeitig zurück. Zum neuen Präsidenten wurde mit nahezu einstimmigem Ergebnis der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Peter Altmaier MdB, gewählt.

Weiter gehören dem **Präsidium** an: die Vizepräsidenten Ernst Johansson, Ulla Kalbfleisch-Kottsieper und Thomas Mann MdEP, Schatzmeister Dr. Franz Schoser, als weitere Mitglieder des Präsidiums: Ernst-Ludwig Göpfert, Dr. Lutz Hager, Marco Hardt, Dr. Heinrich Hoffschulte, Hildegrad Klär, Dr. Dietrich von Kyaw (berufen), Jo Leinen MdEP, Michael Georg Link MdB (berufen), Jürgen Lippold, Dieter Lubeseder, Elke Pütz, Michael Roth MdB (berufen), Heide Rühle MdEP, Heinz-Wilhelm Schaumann, Rainer C. Schröer, Wolfram Schulz-Streeck, Prof. Dr. Martin Seidel, Rainer Steenblock MdB (berufen), Rainer Wieland MdEP, Otto Wolff von Amerongen († 8.3.07). Das Präsidium tagte im Berichtszeitraum am 10.12.06 sowie 26.1., 16.3., 22.6. und 28.9.07.

① Im Internet: <http://www.europa-union.de> > Verein/Organe/AGs > Präsidium

Dem **Bundesausschuss** gehören an: Franz Josef Klein als Vorsitzender, die stellvertretenden Vorsitzenden Prof. Dr. Joachim Gasiiecki und Rainer B. Giesel, die persönlichen Mitglieder: Reinhard Burdinski, Inge Dohrmann-Nowak, Prof. Dr. Joachim Gasiiecki, Dr. Roland Giebenrath, Rainer B. Giesel, Roland von Hunnius MdL, Reinhard Klemz, Dr. Hans Pragst, Axel Schäfer MdB, Felix B. Schlosser, Dr. Jutta Schmitz-Rixen, Dr. Otto Schmuck, Wolfgang Schulze, Albert Seiz.

Der Bundesausschuss trat im Berichtszeitraum zweimal zusammen: am 17.3. und 23.6.07.

① Im Internet: <http://www.europa-union.de> > Verein/Organe/AGs > Bundesausschuss

5.1.2 Kongress

Am Vortag des Kongresses, am 09.12.06, fand anlässlich des 60 jährigen Bestehens des Verbandes ein umfangreiches Jubiläumsprogramm im Gründungsort Syke statt. Nach der Einweihung des „Europagartens“ als Ort der europäischen Begegnung wurde die öffentliche Veranstaltung mit einer szenischen Aufbereitung der Europäischen Integrationsgeschichte im städtischen Theater eröffnet. Neben den Ansprachen von Ministerpräsident Wulff („Warum wir Europa brauchen“) und Staatsminister Gloser („Gemeinsam gelingt Europa – Deutschland vor der EU-Ratspräsidentschaft“) fand vor allem die Analyse des Schweizer Schriftstellers Prof. Adolf Muschg zum Thema „Europa, oder die List der Vernunft“ Anklang bei den Gästen.

Der 52. Ordentliche Kongress zum Thema „Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2007 und die Zukunft Europas“ fand am 10. Dezember 2006 in Bremen statt. Nach Eröffnung durch den Präsidenten Elmar Brok MdEP und Grußansprachen von Jens Böhrnsen, Bürgermeister und Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen, Dr. Hermann Kuhn, Vorsitzender der Europa-Union Bremen, und Heinz-Wilhelm Schaumann, Vizepräsident der UEF, folgte eine öffentliche Podiumsdiskussion zum Thema: „Vitamin „D“ für Europa? – Macht die deutsche Ratspräsidentschaft Europa fit für die Zukunft?“. Diskutanten waren Peter Altmaier MdB, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Elmar Brok MdEP, Präsident der Europa-Union Deutschland, Vorsitzender im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten im Europäischen Parlament, Dr. Friedhelm Frischenschlager, Bundesminister a. D., Generalsekretär der Union der Europäischen Föderalisten, Dr. Gerhard Sabathil, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland, Jan Schubert, Bundesvorsitzender der Jungen Europäischen Föderalisten Deutschland. Die Moderation lag bei Adrian Taylor von der European School of Governance in Berlin.

Die Ergebnisse der politischen Diskussion fanden ihren Niederschlag in zehn Positionspapieren und Sachbeschlüssen, darunter ein Papier, welches acht Forderungen der Europa-Union Deutschland an die deutsche Ratspräsidentschaft 2007 formuliert.

5.2 Arbeitsgruppen

Die Europa-Union Deutschland hat seit 2007 5 inhaltliche und 3 strategische Arbeitsgruppen. Sie tagen im Rahmen des Kongresses und des Bundesausschusses. Durch E-Mail-Diskussionsgruppen und weitere dezentrale Tagungen wird zwischen den Gremien für die Kontinuität der Debatten und die Einbindung möglichst weiter Kreise der Europa-Union Deutschland gesorgt.

Die Sprecher/innen übernehmen die Koordination der Arbeit. Zusätzliche Treffen werden dezentral über die Sprecher/innen organisiert.

Die Mitarbeit ist grundsätzlich für Mitglieder der Europa-Union Deutschland offen, bevorzugt für Vertreterinnen und Vertreter der Landesverbände, des Bundesausschusses, des Präsidiums. Interessenten wenden Sie sich per Mail an Ihren Landesverband oder die entsprechenden Arbeitsgruppen-Sprecher/innen.

5.2.1 Energie

Sprecher: Dr. Hermann Kuhn/ Heinz Schaumann

Zunächst wurde in einer Evaluationsphase erörtert, welche Kompetenzen die Europäische Union im Bereich Energiepolitik inne hat und welche rechtlichen Grundlagen zur Energiepolitik im EU-Recht bestehen. Zielsetzung ist die Formulierung einer grundsätzlichen Position der Europa-Union Deutschland zur EU-Energiepolitik. Inhaltlich steht dabei die Fragestellung im Mittelpunkt: Welche Veränderungen in der Energiepolitik der EU und ihrer Mitgliedstaaten sind notwendig, um einen weiteren erfolgreichen Verlauf der Europäischen Integration nachhaltig zu unterstützen?

5.2.2 EU-Erweiterung

Sprecher: Ernst Johansson/ Jürgen Lippold

Aufbauend auf dem vorliegenden Arbeitspapier widmet sich die Arbeitsgruppe der Diskussion über folgende Punkte: 1. Wo liegen die Grenzen Europas?; 2. Voraussetzungen für eine Aufnahme in die EU; 3. Darf die Aufnahme verweigert werden, wenn alle Voraussetzungen erfüllt werden? 4.

Sonderprobleme Türkei/Russische Föderation.

Die AG wird die Vorbereitung einer großen Tagung über die Erweiterung mit Vertretern der Europäischen Bewegung, der Kommission und Botschaften in 2008 begleiten. Danach (oder davor) widmet sie sich der Ausarbeitung von Thesen zur Erweiterung als Programmpunkte der Europa-Union Deutschland.

5.2.3 Soziales Europa

Sprecher: Rainer Klemz/ Heinz Schaumann

Während im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik der EU die Integration seit dem Vertrag von Rom weit fortgeschritten ist, blieb die Sozialpolitik ein „Stiefkind Europas“. Für die Bürgerinnen und Bürger haben die sozialpolitischen Themen, die ihr Leben unmittelbar betreffen, aber höchste Priorität. Die Absicherung elementarer Lebensrisiken, die öffentliche Daseinsvorsorge und geregelte Arbeitsbedingungen sind Teil der europäischen Wertegemeinschaft. Angesichts der Erkenntnis, dass die globalen Herausforderungen an den Sozialstaat von keinem Land Europas allein bewältigt werden können, will die AG konkrete Vorschläge für die Weiterentwicklung des europäischen Sozialmodells erarbeiten. Grundlage hierfür sollen die Erörterung der bisherigen und künftigen Kompetenzen der EU in der Sozialpolitik und ein Vergleich der sozialpolitischen Situation in den EU-Mitgliedstaaten sein.

5.2.4 Kultur / Bildung/ Sprachkompetenz

Sprecher: Hildegard Klär/Dieter Lubeseder

Wolfram Schulz-Streeck

Zunächst wurde die Konzeptentwicklung für das Rededuell zur Sprachenvielfalt in der EU begleitet. Die Mitglieder der AG haben sich dann darauf geeinigt, eine Bestandsaufnahme der Fremdsprachenpolitik in der Bundesrepublik zu erarbeiten; ein aufwendiges Vorhaben, variiert diese doch von Bundesland zu Bundesland nicht unerheblich. Ein erstellter Fragenkatalog zielt auf die frühe Fremdspracherziehung von den Kindertageseinrichtungen aufwärts, die Erziehung zur Mehrsprachigkeit durch den bilingualen Unterricht, den Unterricht in nichtdeutscher Muttersprache, also in den Herkunftssprachen für Zuwanderer. Die Recherche wird zur Zeit arbeitsteilig von den Mitgliedern in ihren jeweiligen Bundesländern mit Hilfe der Kultusministerien erstellt. Ein Zwischenergebnis zum bilingualen Unterricht als Ländersynopse in den KITAs und in den Schulen bis zum Schulabschluss konnte auf der Seite der AG Bildung eingestellt werden. Herr Schulz-Streeck hat ein Grundsatzpapier zur Sprachenpolitik in Arbeit, das er auf der Seite der Arbeitsgruppe zur Abstimmung bereitstellen wird.

Weitere Vorhaben: Überlegungen zur Stärkung der deutschen Sprache in allen EU-Kontexten, Lobbyarbeit für die Implementierung von Forderungen aus dem Beschluss „Den Europäischen Bildungsraum gestalten“, ggf. Reaktionen auf neue Kommissionsvorschläge in den Bereichen Bildung und Kultur

5.2.5 Verfassung

Sprecher: Dr. Otto Schmuck/Dr. Dietrich von Kyaw

Seit der Gründung im Jahr 1946 tritt die Europa-Union Deutschland für das Ziel eines Europäischen Bundesstaates mit einer klaren Aufgabenzuweisung sowie handlungsfähigen und demokratisch legitimierten Institutionen auf der Grundlage einer Europäischen Verfassung ein. In der Vergangenheit wurden zahlreiche Vorschläge für eine Europäische Verfassung vorgelegt. Besonders hervorzuheben ist dabei der von Altiero Spinelli initiierte Entwurf des Europäischen Parlaments aus dem Jahre 1984. Mit der Erweiterung der EU nach Ost- und Südosteuropa nach dem Ende des Kalten Krieges stellte sich die Frage nach der Zielbestimmung, der „Finalität“ der EU, in einer neuen Weise. Dabei wurden verstärkt die gemeinsamen Grundwerte der EU, die demokratische Legitimität ihrer Entscheidungsstrukturen und auch die Grenzen ihrer Zuständigkeit thematisiert. Die Auffassung war weit verbreitet, dass die bestehenden rechtlichen Übereinkünfte der EU, vor allem der Vertrag von Nizza, keine geeignete Grundlage für die erweiterte EU sind. In den Jahren 2002/2003 erarbeitete der EU-Verfassungskonvent den Entwurf einer Verfassung für Europa, der von einer nachfolgenden Regierungskonferenz weitgehend übernommen und in Form eines Europäischen Verfassungsvertrages gebilligt wurde. Die negativen Referenden in den Niederlanden und in Frankreich bildeten das vorläufige Ende der Verfassungspläne.

Die Arbeitsgruppe besteht bereits seit dem Jahr 2000. Ihr gehören rund 30 Mitglieder an. Hauptaufgabe ist die Begleitung des EU-Reformprozesses und in diesem Zusammenhang die Ausarbeitung von Ideen und

Anregungen zur Stimulierung dieses Prozesses. Die Arbeitsgruppe hat den Beschluss des Bundesausschusses zu den Ergebnissen des Europäischen Rates im Juni und den Entwurf des Leitantrages zum Hamburger Kongress 2007 vorbereitet.

5.2.6 Europafähigkeit Deutschlands

Sprecher: Ralf Bingel

Die Europafähigkeit Deutschlands muss im Vorfeld und mit Bezug zur nächsten Wahl zum Europäischen Parlament stetig verbessert und ausgebaut werden. Hierzu ist von einem mehrstufigen Ansatz auszugehen. Zum einen ist die Europa-Union besonders gefordert, Initiativen zu entwickeln, die bundesweite Wirkungen entfalten und die Bevölkerung in Deutschland dafür sensibilisieren, dass die Kenntnis und die Beschäftigung mit europäischen Fragestellungen eine notwendige Voraussetzung ist, den gegenwärtigen Lebensstandard und das europäische Gesellschaftsmodell auch in der Zukunft in unserem Land erhalten zu können. Zum anderen ist die Europafähigkeit in den Verwaltungen auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene so zu verstärken, dass Rotationen und Aufenthalte in Auslandsverwaltungen in den verschiedenen Laufbahnen kein exotisches Nischendasein führen, sondern einen essentiellen Teil der beruflichen Aus- und Weiterbildung darstellen. Seitens der Bundesregierung sollte regelmäßig ein Bericht zur Europafähigkeit Deutschlands zusammen mit den Ländern erarbeitet und einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt werden. Die öffentlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten in Deutschland sollten zur Verbesserung ihrer Europafähigkeit ebenfalls einen eigenen Beitrag leisten. Ein besonderer Schwerpunkt sollte seitens der Europa Union Deutschland auf die Verbesserung der Europafähigkeit der Jugendlichen gelegt werden. So könnten das Präsidium und die jeweiligen Landesverbände ein eigenes Mentorenteamprogramm mit spezifischen Schwerpunkten entwickeln und die Personen gezielt für Fragen der europäischen Union u.a. in den Europäischen Akademien schulen lassen. Nach der entsprechenden Ausbildung sollten die Personen verstärkt in Schulen eingesetzt werden. Hierzu sollte das Präsidium mit der Kultusministerkonferenz der Länder eine Vereinbarung schließen. Analog der Informationsmaßnahmen zur Einführung des Euro in Deutschland sollten die jeweiligen Landeszentralen für politische Bildung in diesen Prozess eingezogen werden.

5.2.7 Europa-Wahlen 2009

Sprecher: Ulla Kalbfleisch-Kottsieper / Thomas Stötting

Die augenblickliche Ratifizierungskrise des Europäischen Verfassungsvertrages und die seit 1979 ständig sinkende Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, sich an den Wahlen zum europäischen Parlament zu beteiligen, sind eine ernste historische Herausforderung für alle politischen Akteure des Europäischen Integrationsprozesses. Herausgefordert sind nicht nur die Regierungen als bisher am deutlichsten erkennbare Akteure der Fortentwicklung des europäischen Gemeinschaftsrechtes, sondern vor allem auch die nationalen/regionalen Parlamente, die nationalen/regionalen Parteien und die jeweiligen europäisch orientierten zivilgesellschaftlichen Organisationen, wie zum Beispiel EUD und EBD. Diese Herausforderung bedeutet vor allem, die nationale Debatte auf allen Ebenen staatlicher und nichtstaatlicher Präsenz zu „europäisieren“, und sie bedeutet darüber hinaus auch, sich selbst der wirklichen europäischen Auseinandersetzung mit vergleichbaren Organisationen in den anderen Mitgliedstaaten der EU zu stellen.

5.2.8 Strategie

Sprecher: Thomas Mann MdEP/Jan Schubert

Zur künftigen Strategie der Verbandsarbeit hat das Präsidium bereits 2005 eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Die Gruppe hat wichtige Vorarbeiten für ein Strategiepapier geleistet, das zunächst als Diskussionsgrundlage vom Kongress 2005 lanciert und vom Kongress 2006 in Bremen verabschiedet wurde und im Rahmen der Verbandsdebatte ständig weiterentwickelt werden soll. In diesem Jahr hat sich die AG insbesondere dem Thema Mitgliederarbeit gewidmet.

① Im Internet: <http://www.europa-union.de> > Verein/Organe/AGs > Arbeitsgruppen

5.3 Parlamentarische Initiativen

Die Europa-Union unterstützt die parlamentarische Dimension der europäischen Integration und setzt sich aktiv für den Dialog zwischen Bürgern und Parlamentariern ein. Sie hat ihre Aktivitäten im Bereich der parlamentarischen Arbeit im Berichtszeitraum verstärkt. So war die Europa-Union beispielsweise auch in Brüssel vertreten, als das Europäische Parlament am 08./09. November 2007 erstmals eine Agora durchführte. Das Europäische Parlament reagierte mit dieser neuen Veranstaltungsform auf die

Forderungen nach stärkerer Einbindung der Bürgerinnen und Bürger und lud ein zum Dialog „Die Zukunft Europas: Herausforderungen, Chancen und durch die neuen Verträge geschaffene Instrumente“ befassen. Anfang nächsten Jahres werden im Rahmen einer zweiten Agora weitere Themen wie der Klimawandel und die soziale Dimension der EU erörtert.

5.3.1 Europa-Union Parlamentariergruppe im Europäischen Parlament

In der aktuellen Legislaturperiode sind 71 der 99 deutschen Abgeordneten des Europäischen Parlaments Mitglied der Europa-Union Deutschland. Die Parlamentariergruppe der Europa-Union im Europäischen Parlament setzt sich zusammen aus Mitgliedern von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, CSU, FDP, PDS und SPD. Rainer Wieland MdEP und Norbert Glante MdEP haben arbeitsteilig den Vorsitz der Parlamentariergruppe übernommen. Am 25.09.07 trafen sich mehr als 20 Abgeordnete aus fünf Fraktionen in Straßburg zum Parlamentarischen Abend, zu dem die Europa-Union gemeinsam mit dem Deutschen Beamtenbund (dbb) eingeladen hatte. Das Treffen wurde genutzt zum Gedankenaustausch über die Vermittlung europäischer Themen mit Peter Altmaier, dem Präsidenten der Europa-Union, und dem ddb-Bundesvorsitzenden Peter Heesen.

① Im Internet: <http://www.europa-union.de> > Parlamentarische Initiativen > EP

Der Informationsdienst „**mein-MdEP.de**“, durch den alle 99 deutschen Europa-Abgeordneten die Bürgerinnen und Bürger zentral über sich und ihre Arbeit informieren, wird von der Europa-Union auch in 2007 betreut. Der Dienst umfasst unter anderem prägnante politische Standpunkte der Parlamentarier zu ausgewählten Themen und ihr Abstimmungsverhalten in viel diskutierten Entscheidungen. „mein-MdEP.de“ steht im Zeichen der Bemühungen, die Bürgerinnen und Bürger ihren europäischen Vertretern näher zu bringen und den direkten Austausch zu ermöglichen. Als interaktiver Dienst enthält „mein-MdEP.de“ jeden Monat ein Schwerpunktthema, über das die Bürgerinnen und Bürger mit jeweils mindestens einem fachkundigen Europa-Abgeordneten diskutieren können.

① Im Internet: <http://www.mein-mdep.de>

5.3.2 Europa-Union Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag

In Anlehnung an die EP-Parlamentariergruppe hat die Europa-Union am 3. Juli 2007 auch die Bildung einer Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag offiziell vollzogen. Michael Link MdB (FDP) ist der erste Vorsitzende, er vertritt damit die derzeit 113 Mitglieder der Europa-Union im Deutschen Bundestag. Stellvertretende Vorsitzende sind die Abgeordneten Dr. Günter Krings (CDU/CSU), Johannes Jung (SPD) und Rainer Steenblock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Die Gruppe will die Europäisierung des Bundestages unterstützen und fraktionsübergreifend europapolitische Akzente setzen. Die Basis vor Ort kann über ihre Wahlkreisabgeordneten in die europäische Arbeit des Bundestages eingebunden werden, der Bundesverband seine Kontakte in den Bundestag ausweiten.

Rainer Wieland MdEP sprach sich als Sprecher der Europa-Union-Parlamentariergruppe im Europäischen Parlament für eine enge Zusammenarbeit zwischen der Berliner und der Brüsseler Gruppe aus. Gerade im Vorfeld der Bundestags- und Europawahlen 2009 böten sich vielfältige Betätigungsfelder.

In diesem Zusammenhang diskutierte Michael Link als Vorsitzender der Europa-Union Parlamentariergruppe im Bundestag am 24.10.07 bereits am „Runden Tisch Europakommunikation“ im Auswärtigen Amt mit Vertretern der Zivilgesellschaft zu dem Thema „Europawahl 2009: Wahl ohne Wähler? – Themen und Thesen zum Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern“.

① Im Internet: <http://www.europa-union.de> > Parlamentarische Initiativen > BT

Parlamentarisches Forum Europas Zukunft (PFEZ)

Die intensive und erfolgreiche Zusammenarbeit im **Parlamentarischen Forum Europas Zukunft (PFEZ)** mit Abgeordneten aus vier Fraktionen und der JEF hatte den Grundstein für die Parlamentariergruppe gelegt. Auf einem Arbeitstreffen am 17. April 2007 mit den Mitarbeitern der Bundestagsabgeordneten, die in

der 16. Wahlperiode Mitglieder im PFEZ sind, wurden konkrete Schritte zur Bildung einer Parlamentariergruppe der Europa-Union im Bundestag und die weitere Planung der Parlamentarischen Foren besprochen. Im Berichtszeitraum fanden Sitzungen am 28.03. und 24.10.2007 statt.

Verfassungsdiskussion nach der Berliner Erklärung, 28.03.07, Berlin

Die Unterzeichnung der Berliner Erklärung durch die 27 Staats- und Regierungschefs am 25. März hat eine öffentliche Diskussion über den weiteren Weg zu einer neuen Verfasstheit der EU angestoßen. Diese Debatte nahm das Parlamentarische Forum - Europas Verfassung am 28. März auf. Das Forum konnte Staatssekretär Reinhard Silberberg (Auswärtiges Amt) und den niederländischen Botschafter Peter v. Wullften Palthe begrüßen.

Andrew Duff MdEP (GB) berichtet über Regierungskonferenz, 20.09.07, Berlin

Als einer von drei Vertretern des Europäischen Parlamentes, die in die aktuelle Regierungskonferenz zum EU-Vertrag eingebunden sind, war der britische Europaabgeordnete Andrew Duff am 20. September 2007 Gast eines Parlamentarischen Forums. Die offene Diskussion erfolgte auf Einladung der Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) und Markus Löning MdB, Mitglied des Parlamentarischen Forums von JEF und Europa-Union. Unterstützt wurde die Veranstaltung von der Europa-Union Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag. Etwa 70 Bürgerinnen und Bürger nutzten die Gelegenheit und verschafften sich einen Einblick in die aktuellen Verhandlungen.

EU-Nachbarschaftspolitik und unsere südlichen Mittelmeeranrainer, 24.10.07, Berlin

Die PFEZ-Veranstaltung empfing als Gäste den französischen Botschafter, S. E. Bernard de Montferrand, sowie den Botschafter des Königreichs Marokko, S. E. Rachad Bouhlal. Durch die aktuellen Entwicklungen haben sich in der Projektstruktur Veränderungen vollzogen, die sich ab sofort auch im Namen der Veranstaltung widerspiegeln. Die Veranstaltung fand auf Initiative von Rainer Steenblock MdB statt.

① Im Internet: <http://www.europa-union.de> > Parlamentarische Initiativen > Parlamentarisches Forum

Die Internetplattform <http://www.wahlen-europa.de>, die 2005 eingerichtet wurde, dient perspektivisch der Vorbereitung auf die Europa-Wahlen 2009.

5.4 Öffentlichkeits- und Medienarbeit

5.4.1 Präsentation des Verbandes auf Europafest der Bundesregierung

Im Rahmen des offiziellen Europafestes anlässlich des 50. Jubiläums der Römischen Verträge präsentierte sich die Europa-Union in einem gemeinsamen Zelt mit ihrem Dachverband UEF und ihrem Jugendverband JEF vor über einer halbe Million Menschen in Berlin. Das große Interesse der Besucher war auch am Stand der Europa-Union deutlich zu spüren. Zwischen 12 und 22 Uhr diskutierten die Besucher hier in mehreren Sprachen über die Europäische Union und ihre Perspektiven, gemeinsame Werte und die Verfassungskrise. Jung und Alt informierten sich über Aktionen und Initiativen der Europa-Union. Insbesondere die Kampagne für einen europäischen Volksentscheid über die EU-Verfassung erhielt viel Unterstützung.

5.4.2 Pressearbeit

Presseerklärungen des Bundesverbandes im Berichtszeitraum:

- 09.12.06: 60 Jahre Europa-Union: Vorbild für ein Europa der Menschen
- 10.12.06: Europa-Union: Peter Altmaier folgt Elmar Brok als Präsident der Europa-Union
- 16.03.07: Deutschlandstart der europaweiten Kampagne „Speak up Europe – Menschen bilden Europa“
- 20.04.07: EMNID-Umfrage: 75% der Deutschen wollen Volksbefragung über EU-Verfassung
- 23.06.07: Europa-Union Deutschland wertet EU-Gipfel als Fortschritt für das verfasste Europa
- 04.07.07: Europa-Union Deutschland gründet Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag

- 02.10.07: Deutschlands und Europas Flagge gemeinsam auf den Reichstag!

① Im Internet: <http://www.europa-union.de> > Presse

5.4.3 Mitgliederzeitschrift „Europa aktiv“

Die Ausgaben 1 - 5/2007 sind turnusgemäß erschienen.

① Im Internet: <http://www.europa-union.de> > Europa aktiv

5.4.4 Elektronischer Newsletter

Der Newsletter erreicht derzeit monatlich mehr als 4.350 Adressaten. Bisher sind im Jahr 2007 acht Monatsausgaben und zwei Newsletter-extra erschienen. Dieses neue Zusatzformat wird genutzt, um aktuelle Meldungen auch unabhängig vom monatlichen Erscheinungsmodus kurzfristig versenden zu können. Ende November und Ende August erfolgen turnusgemäß die nächsten Ausgaben. Alle Ausgaben sind auch auf der Internetseite des Verbandes einsehbar. # Hinweis auf Arbeit Christof Müller / Lutz Hager.

① Im Internet: <http://www.europa-union.de> > Politik > Publikationen

5.4.5 Internet

www.europa-union.de

Als wichtiges Instrumentarium für die europapolitische Informations- und Öffentlichkeitsarbeit der Europa-Union wurde die Internet-Präsenz des Verbandes im Berichtszeitraum weiter ausgebaut und verbessert mit dem Ziel,

- die Öffentlichkeitswirkung des Verbandes als europäische Bürgerinitiative zu erhöhen,
- neue Zielgruppen zu erschließen,
- interaktive Möglichkeiten der Information und Kommunikation anzubieten und
- den Zugang zum gesamteuropäischen Kontext zu erleichtern

Verbunden mit einer Steigerung des Bekanntheitsgrades und einem Imagegewinn für die Europa-Union ist ein höherer Stellenwert als wesentlicher Bestandteil der pro-europäischen Kräfte der Zivilgesellschaft in Deutschland. Im Rahmen dieses Aufbaus eines Netzes von Internetkorrespondenten arbeiteten Europa-Union und Europäische Bewegung konzeptionell, technisch und inhaltlich zusammen. In diesem Zusammenhang wird monatlich ein online-newsletter verschickt, der mehr als 4300 Adressaten über die Aktivitäten des Bundesverbandes informiert.

Im Berichtszeitraum wurde vor allem die technische und inhaltliche Vernetzung der unterschiedlichen Online Portale weiter entwickelt. So ist es nun technisch möglich die auf www.europatermine.de eingestellten Termine direkt auf der Hauptseite des Verbandes zu spiegeln. Ebenso werden auf den Unterseiten der Landesverbände die länderspezifischen Informationen von www.europatermine.de per rss-feed angezeigt.

www.europatermine.de

europatermine.de ist ein nichtkommerzielles Kooperationsprojekt des Netzwerks Europäische Bewegung Deutschland, der Europa-Union Deutschland und der Jungen Europäischen Föderalisten und wird unterstützt vom Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland.

Gestartet wurde europatermine.de im März 2001 als Veranstaltungskalender und Newsletter-Service für Berlin und Brandenburg von der Jungen Europäischen Bewegung, der JEF-Sektion für Berlin und Brandenburg. Dank der Kooperation mit vielen Organisationen aus Politik, Wissenschaft, Kultur und Wirtschaft sowie der finanziellen Unterstützung von CIFE und der Europa-Union Deutschland konnte im Januar 2006 der bundesweite Dienst gestartet werden.

Als offizieller Veranstaltungskalender der Aktion Europa, einer Initiative der Bundesregierung in Zusammenarbeit mit der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland und dem

Informationsbüro des Europäischen Parlaments für Deutschland, wird europatermine.de seit September 2006 vom Auswärtigen Amt unterstützt.

www.menschen-bilden-europa.de

Das offizielle Portal der europaweiten Kampagne „Speak Up Europe | Menschen bilden Europa“, die in Deutschland vom Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland sowie der Europa-Union Deutschland und ihrem Jugendverband Junge Europäische Föderalisten durchgeführt wird

<https://www.europeanreferendum.eu>

Die Kampagne basiert auf folgenden Beschlüssen: Beschluss des UEF-Kongresses und UEF-Bundeskomitees 2006 und Beschluss des Bundesausschusses der Europa-Union Deutschland am 17. März 2007 in Berlin.

Ziel der Kampagne ist es, bis Ende des Jahres 2007 eine Million Unterschriften zu sammeln, die die Forderung nach einer europaweiten Volksbefragung (einem konsultativen Referendum) über die Europäische Verfassung unterstützen. Dieses Referendum soll in allen Unionsstaaten am selben Tag wie die Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2009 stattfinden.

Auf Unterschriftenlisten und auf einer Internetseite können sich die europäischen Bürgerinnen und Bürger über die Referendumskampagne informieren und mit ihrer Unterschrift ihre Unterstützung des Aufrufes dokumentieren. Die Webseite www.europeanreferendum.eu wurde am 17. März 2007 anlässlich der Bundesausschusstagung der Europa-Union um „5 Minuten vor 12“ freigeschaltet.

www.mein-mdep.de

Der Onlinedienst „mein-MdEP.de“ ist ein Projekt der Europa-Union Deutschland e.V. mit Unterstützung von europa einfach e.V., finanziell gefördert mit Mitteln des Europäischen Parlaments. Mit „mein-MdEP.de“ intensiviert der Bundesverband in seiner Arbeit weiter die parlamentarische Dimension der europäischen Integration. Ziel ist es, im Hinblick auf die Europawahl 2009 kontinuierlich den Dialog zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und ihren Abgeordneten zu fördern und zugleich für einen verstärkten Austausch zwischen Abgeordneten der Parlamente auf Länder, Bundes- und Europaebene zu sorgen. Hierzu ist nicht zuletzt die Mitgliedschaft von 70 der 99 deutschen Europaabgeordneten in der Europa-Union Deutschland eine gute Voraussetzung.

Monatlich wird ein aktuelles Thema aufgegriffen und zur Diskussion zwischen Europaabgeordneten und Bürgern freigegeben. Als Monatsthemen sind 2007 bisher erschienen:

Januar 2007: Der Beitritt Bulgariens und Rumäniens zur Europäischen Union

Februar 2007: Energiepolitik in der Europäischen Union.

März 2007: Menschenrechtsstandards und Wirtschaftsbeziehungen in Europa.

April 2007: Reaktionen auf die Berliner Erklärung.

Mai 2007: Profifußball in Europa.

Juni 2007: Sprachenvielfalt in der Europäischen Union - Einheit in Vielfalt.

Juli 2007: Die Ergebnisse des G8-Gipfels in Heiligendamm: richtungsweisend oder enttäuschend?

① Im Internet: <http://www.mein-mdep.de>

5.5 Generalsekretariat und Service

Ehrenamtlicher Generalsekretär der Europa-Union ist Bernd Hüttemann, hauptamtlich Generalsekretär des Netzwerks Europäische Bewegung Deutschland. Für das Generalsekretariat war im Berichtszeitraum neben der Bundesgeschäftsführerin, Birgit Kößling und als Referenten Michael Hacker, Christof Müller und Florian Strasser tätig.

Zu den im Berichtszeitraum hervorzuhebenden Maßnahmen und Aktivitäten des Generalsekretariats gehörten neben der Außendarstellung des Verbandes, allgemeine Serviceleistungen für Bürger, Mitglieder und Untergliederungen sowie die Unterstützung und Assistenz der Tätigkeit des Präsidenten, Generalsekretärs und anderer Präsidialmitglieder; das Finanzmanagement und die Haushaltsführung

- die Lancierung, Koordination, Betreuung und Präsentation der Aktionen auf Bundesebene

- die Organisation, Durchführung und finanzielle Absicherung der zentralen Veranstaltungen und Projekte des Bundesverbandes
- die Vor- und Nachbereitung, Organisation sowie Betreuung der Gremientagungen
- die Vor- und Nachbereitung sowie Organisation der Bundeskongresse
- die Unterstützung der beim Bundesverband angesiedelten Kommissionen und Arbeitsgruppen
- die Unterstützung und Betreuung der parlamentarischen Arbeit
- Koordination und Realisierung von Maßnahmen und Serviceangeboten im Bereich der Öffentlichkeits- und Medienarbeit
- Bereitstellung von Materialien für die Basisarbeit und Kampagnenarbeit
- Haushaltsführung und Akquirierung, Verwaltung und Abrechnung von Finanz- und Projektmitteln
- die Pflege, Koordination, Entwicklung der Beziehungen und Zusammenarbeit mit der JEF, der UEF, dem Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland und anderen Partnereinrichtungen und -organisationen
- Erstellung einer Broschüre über die Aktivitäten des Verbandes (Selbstdarstellung)
- Das Generalsekretariat hat für die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit und zur Unterstützung der Untergliederungen umfangreiche Serviceleistungen erbracht. Im Berichtszeitraum wurden zahlreiche Projekte, Aktionen und Veranstaltungen realisiert - in der Mehrzahl im Rahmen der Kampagne „Speak up Europe | Menschen bilden Europa“ und der Kooperation mit CIFE. Bei mehr als der Hälfte handelt es sich um Gemeinschaftsprojekte mit den Landes- und Kreisverbänden, der JEF und der UEF. Mit diesen Veranstaltungen und Aktionen wurden bundesweit und im Rahmen internationaler Projekte nahezu zweitausend Teilnehmer angesprochen. Der Personenkreis, der über die Print- und elektronischen Medien und Servicedienste erreicht werden konnte, liegt weit höher.

5.6 Jugend/JEF

Die Kooperation mit dem Jugendverband Junge Europäische Föderalisten Deutschland ist vielfältig: Sie reicht von der inhaltlichen Zusammenarbeit in den Bundesarbeitsgruppen (z. B. im AG-Verfassung) und den Gremien der Europa-Union, über die Lancierung gemeinsamer Kampagnen („Speak up Europe“), die parlamentarische Arbeit (Zusammenarbeit beim Parlamentarisches Forum Europas Verfassung) bis zu gemeinsamen Projekten im publizistischen Bereich (Verfassungskommentar für Bürgerinnen und Bürger, www.europatermine.de) und im Rahmen der Bildungs- und Jugendarbeit (internationales Berlin-Jugendseminar etc.).

Die JEF ist in den Gremien der Europa-Union vertreten, bringt sich aktiv in die politisch-programmatische Arbeit ein und ist an den verbandspolitischen Entscheidungen beteiligt. Auf der geschäftsführenden Ebene bestanden im Berichtszeitraum gute Kontakte zwischen den beiden Bundessekretariaten, die mit dem Bezug gemeinsamer Büroräume in der Sophienstraße in Berlin noch enger geworden sind. Die Europa-Union fördert die Aktivitäten der JEF durch die Bereitstellung von Projektmitteln. Handlungsbedarf besteht vor allem in der Frage der abgestimmten/gemeinsamen Mitgliederbetreuung und der verstärkten Einbindung der Jugend in die Arbeit der Europa-Union.

① Im Internet: <http://www.europa-union.de> > Jugend: JEF

5.7 International

5.7.1 Union Europäischer Föderalisten

Die Kooperation mit unserem europäischen Dachverband manifestierte sich im Berichtszeitraum vor allem im Rahmen einer Kampagne, die eine europaweite Volksbefragung zur Europäischen Verfassung fordert, welche am selben Tag abgehalten werden soll wie die Wahlen zum Europäischen Parlament 2009.

Als größte nationale Mitgliedsorganisation bestimmt die Europa-Union die politische Programmatik der Gremien der UEF entscheidend mit. Im Vorstand der UEF ist die Europa-Union – seit den Wahlen auf dem UEF-Kongress in Wien im Juni 2006 – durch Heinz-Wilhelm Schaumann als Vizepräsident und

Florian Rodeit als weiteres Vorstandsmitglied vertreten. Im UEF-Bundeskomitee hat die Europa-Union 14 Mitglieder und 9 stellvertretende Mitglieder.

① Im Internet: <http://www.europa-union.de> > international

5.7.2 Europa-Union Verband Brüssel

Der erste Verband der Europa-Union Deutschland außerhalb der Bundesrepublik wurde am 14. Juni 2007 in Brüssel gegründet. Er nimmt der Satzung nach die Stellung eines Kreisverbandes ein. Der Europa-Union Verband Brüssel soll künftig zu den Kongressen der Europa-Union Deutschland Delegierte entsenden können. Darauf hat sich das Präsidium der Europa-Union anlässlich seiner Sitzung am 28. September verständigt. Mit einer Satzungsänderung, die der diesjährige Kongress am 2. Dezember in Hamburg verabschieden soll, will man die Voraussetzung schaffen, dass die Brüsseler bereits auf dem Kongress 2008 stimmberechtigt sind.

Besonderes Ziel des Verbandes ist die Transformation der "vor Ort Informationen" nach Berlin. Durch direkten Kontakt zu den europäischen Institutionen und das vorhandene Fachwissen vor Ort kann der Verband in Brüssel Impulse für die inhaltliche Arbeit der Europa-Union Deutschland geben. Dadurch kann die Führung des Verbandes noch schneller auf sich abzeichnende Entwicklungen reagieren.

Auch die Betreuung der deutschen Kreisverbände bei Besuchen in Brüssel - ggf. auch in Straßburg - wird durch Vertreter des Brüsseler Verbandes erfolgen. Dadurch soll eine bessere Vernetzung zwischen den einzelnen Unterebenen in Deutschland und den konkret an und für Europa arbeitenden Bürgerinnen und Bürgern in Brüssel erfolgen. So können vor allem die Ziele und Wünsche aus der Basis noch besser berücksichtigt werden.

Die permanente Fluktuation der zahlreichen in Brüssel tätigen deutschen Praktikantinnen und Praktikanten sollte als Chance genutzt werden. Es soll versucht werden, sie für den Verband zu gewinnen, um sie nach ihrer Rückkehr in die deutschen Kreisverbände zu integrieren und die Europabegeisterung weiter zu tragen. Als deutschsprachiger, überparteilicher und überkonfessioneller Verband soll der Europa-Union Verband Brüssel keiner anderen Vereinigung Konkurrenz machen, sondern vielmehr diese in die eigene Arbeit einbinden. Besonders mit der internationalen Ebene, mit der Union Europäischer Föderalisten und der UEF Belgien gibt es eine enge Zusammenarbeit.

5.8 Netzwerk Europäische Bewegung

Die Europa-Union ist der bürgerschaftliche und föderalistische Kern der Europäischen Bewegung, der einerseits die ehrenamtliche Europaarbeit „vor Ort“ an der Basis leistet und andererseits mit seiner programmatischen Arbeit ein wichtiger Impulsgeber für die Europäische Bewegung ist. Die Europäische Bewegung ihrerseits verschafft der Europa-Union Zugang zu Entscheidungsträgern und Kontakte zu anderen gesellschaftlichen Gruppen. Durch die Bürogemeinschaft in Berlin wird eine Bündelung der Kräfte und größere Effizienz der Arbeit auf Bundesebene erreicht, unter Wahrung der politischen und vereinsrechtlichen Eigenständigkeit beider Verbände. Sowohl durch die Person des gemeinsamen Generalsekretärs ist eine enge Kooperation zwischen Europa-Union und dem Netzwerk Europäische Bewegung gewährleistet, aber auch zunehmend durch die personelle Unterstützung weiterer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Netzwerks EBD werden einzelne Arbeitsbereiche gestärkt

Nachdem bereits mit dem Umzug des Generalsekretariats der Europa-Union Deutschland nach Berlin im August 2005 die Zusammenarbeit mit dem Netzwerk EBD im Rahmen der Bürogemeinschaft intensiviert wurde, konnten die Synergien in den neuen Räumlichkeiten in Berlin-Mitte, die gemeinsam im Sommer 2006 bezogen wurden, nachhaltig verstärkt werden. Die Büroorganisation ist effizienter geworden, Internetserver, Datenbank, technische Geräte sind miteinander vernetzt oder werden gemeinsam genutzt, die Buchhaltung der EUD wird von der EBD betreut. Entscheidend ist, dass die Zusammenarbeit in einem vereins- und zurechtlich getrennten Rahmen gewährleistet wird. Querschnittsaufgaben werden von Mitarbeiterinnen und -Mitarbeitern beider Verbände übernommen, nicht nur im Sinne der Bürogemeinschaft, sondern aus inhaltlichen und strategischen Erwägungen.

Sehr eng und erfolgreich haben die Europa-Union Deutschland und das Netzwerk EBD im Rahmen der europaweiten Informationskampagne "Speak Up Europe" und deren Umsetzung auf nationaler

Ebene zusammen gearbeitet. Das gilt im Übrigen für alle Projekte, die im Zeichen des Dialogs und der Information mit den Bürgerinnen und Bürgern stehen, bei denen die Europa-Union auf das Netzwerk der EBD mit seinen rund 145 Mitgliedsorganisationen zurückgreifen kann. Als offizieller Kooperationspartner der "Aktion Europa" das Netzwerk EBD z. B. bei der Informationstour "Europa wird 50" so gut als möglich für die Einbindung des ehrenamtlichen Engagement der Verbandsbasis von Europa-Union Deutschland und der JEF sorgen.

Eine weitere sehr erfolgreiche Kooperation des Generalsekretariats der Europa-Union Deutschland konnte durch das Netzwerk EBD unterstützt werden: die neue Veranstaltungsreihe „Europäischer Abend“, die gemeinsam mit der EBD-Mitgliedsorganisation dbb Deutscher Beamtenbund und Tarifunion in Berlin umgesetzt wird.

Im Vorstand des Netzwerks Europäische Bewegung ist die Europa-Union Deutschland durch ihren Präsidenten Peter Altmaier MdB und ihren Vizepräsidenten Ernst Johansson vertreten.

① Im Internet: <http://www.europaeische-bewegung.de>